

Antrag Nr. 04-F-03-0037

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Betreff:

Zentraler Verwaltungsstandort Mainzer Straße (04-V-03-0001)
- Ergänzungsantrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 11.05.2004 -

Antragstext:

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten den Beschlussvorschlag zur Entwicklung eines "Zentralen Verwaltungsstandortes" - Bauliche und vergaberechtliche Grundlagen wie folgt zu ergänzen:

- **1.2** ein externes Büro zur Unterstützung bei der Entwicklung des Projektes "Zentraler Verwaltungsstandort" ausgewählt wurde und mit der Raumbedarfsermittlung, der Konkretisierung der Anforderungen an das Verwaltungsgebäude und der Vorbereitung des Verhandlungsverfahrens im Dezember 2003 begonnen hat. Parallel prüft die Projektgruppe "Zentraler Verwaltungsstandort" gemeinsam mit dem Land Hessen, wie das Projekt bezüglich der Einstellplätze durch kostengünstigere, umweltfreundlichere Mobilitätslösungen wie beispielsweise das Behörden-Car-Sharing und die Anbindung an den öffentlichen Verkehr per Schiene im Hinblick auf Flächenverbrauch, Kosten sowie Umwelt- und Verkehrsentslastung optimiert werden kann.
- **3.** Die Dezernate III, IV und V werden beauftragt, das Verhandlungsverfahren "Zentraler Verwaltungsstandort" mit vorhergehendem Teilnahmewettbewerb durchzuführen. Dabei sollte gemeinsam mit dem Land Hessen das public-private-partnership-Modell "Behörden-Car-Sharing" als kostensparende, umwelt- und verkehrsentslastende Alternative zur herkömmlichen Lösung des ruhenden Verkehrs und die Option einer schienengebundenen Verkehrsanbindung für das "Behördenzentrum" in die Verhandlungen einbezogen werden.

Begründung:

Wiesbaden, 11.05.2004

Gez. Claus-Peter Große
Planungs-/Verkehrspolitischer Sprecher

F.d.R. Heike Fenn
Fraktionsgeschäftsstelle